

kongress bzw. seinem Ständigen Ausschuss verabschiedeten Gesetze belaufen sich inzwischen auf über dreihundert. Die Sprecher kündigten an, dass die Sammlung in Zukunft jährlich aktualisiert werden und somit ein unverzichtbares juristisches Referenzwerk darstellen würde.

In seinem Vorwort betonte Jiang Zemin die große Bedeutung, die der Verwirklichung rechtsstaatlicher Standards für die sozialistische Modernisierung Chinas zukomme. Die Veröffentlichung der Gesetzessammlung entspreche der Verfassungsergänzung vom März 1999, in der der Aufbau eines „sozialistischen Rechtsstaates“ festgeschrieben wurde. Vor allem aber sei sie ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem „sozialistischen Rechtssystem chinesischer Prägung“, dessen Aufbau man sich bis zum Jahr 2010 vorgenommen habe.

Ungeachtet dieser sozialismusspezifischen Rhetorik scheint die Gesetzessammlung unter anderem auch einem zentralen Kriterium des WTO-Regelwerks zu dienen, nämlich Transparenz hinsichtlich der bestehenden – in diesem Zusammenhang außenwirtschaftlich relevanten – gesetzlichen Regelungen eines Landes zu schaffen. Doch auch über den wirtschaftsrechtlichen Kontext hinaus stellt die Veröffentlichung eines umfassenden Kompendiums ein positives Signal dar, da damit – wohl erstmalig in der Geschichte der VR China – der Anspruch erhoben wird, einen vollständigen Korpus kodifizierten Rechts zu etablieren und diesen transparent zu machen. Bisher waren die geltenden Gesetze zumeist nur in Einzelausgaben oder fachbezogenen Sammlungen erhältlich, die den Eindruck eines rein additiven gesetzgeberischen Prozesses erweckten, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Administrative Verordnungen verschiedener Regierungsorgane waren teilweise überhaupt nicht öffentlich zugänglich, was gerade für ausländische Geschäftsleute, wenn sie mit bis dahin unbekanntem Regelungen gewissermaßen aus dem Nichts konfrontiert wurden, immer wieder zu großem Unmut führte. Sicherlich schafft eine Sammlung von Gesetzes- und Verordnungstexten den gravierenden Problemen im chinesischen Rechtsbereich nicht schon Abhilfe, doch scheint die jüngste Veröffentlichung durchaus ein Schritt

in eine positive Richtung. (*Fazhi Ribao*, 10., 15.10.02; Xinhua, 15.10.02, nach BBC PF, 18.10.02) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 Erfolge im Raumfahrtprogramm gemeldet

Am 27. Oktober wurde der Satellit „China Resources II“ erfolgreich vom Raketenzentrum Taiyuan mit einer Trägerrakete in eine Erdumlaufbahn befördert. Seine Hauptaufgabe wird die Übermittlung von Daten für die Erschließung von Bodenressourcen und Produktivitätsberechnungen von Farmerzeugnissen, für den Umweltschutz und Katastrophenvorhersagen sowie die Städteplanung sein. Ein Satellit der gleichen Serie ist seit September 2000 in Betrieb.

Insgesamt handelt es sich um den 68sten Start einer Trägerrakete vom Typ „Langer Marsch“ durch die China Aerospace Science and Technology Corporation (CASTC). Er ist Teil des ehrgeizigen Raumfahrtprogramms, mit dem sich China nicht nur in die Spitzengruppe der Raumfahrtationen bringen und sich im Hightech-Sektor präsentieren, sondern auch die wirtschaftliche Modernisierung des Landes sowie den Aufbau des Verteidigungspotenzials fördern will. Zur Unterstreichung dieser „patriotischen“ Ziele wurde der Start denn auch als „großzügiges Geschenk“ der Wissenschaftler und Techniker der chinesischen Raumfahrtindustrie an den kommenden 16. Parteitag der Kommunistischen Partei bezeichnet.

Ein anderes Projekt dieses Programms präsentierte CASTC auf der 4. Chinesischen Messe internationaler Errungenschaften der Hoch- und neuen Technologien, die am 12. Oktober in Shenzhen eröffnet wurde. Ausgestellt wurden Chinas erste Raketen auf Festbrennstoffbasis Pioneer I und II, die speziell dem Transport kleinerer Satelliten dienen. Von den mit Flüssigbrennstoff betriebenen Raketen „Langer Marsch“ unterscheiden

sie sich nicht nur durch geringere Herstellungskosten, sondern auch durch ihre bessere Transport- und einfachere Startmöglichkeit. Sie könnten z.B. von fahrenden Fahrzeugen oder von Flugzeugen aus gestartet werden. Dabei wird auch der gleichzeitige Nutzen dieser Technologie im zivilen, kommerziellen und militärischen Bereich betont.

Zhang Qingwei, Geschäftsführer der China Space Technology Corporation, einer der größeren Unternehmen im Raumfahrtbereich, unterstrich den kommerziellen Nutzen der Entwicklungen auf der Abschlussveranstaltung der „World Space Week“ am 10. Oktober in Beijing. Im Laufe der letzten rund 10 Jahre habe China 22 kommerzielle Starts für über zehn Länder durchgeführt und dabei mit sechs verschiedenen Typen von Raketen insgesamt 27 fremde Satelliten in den Weltraum befördert sowie fünf Trägerdienste erfüllt. Auch in Zukunft werde sein Land sich aktiv auf dem internationalen Raumfahrtmarkt mit Startdienstleistungen betätigen. Alle drei Startzentren in Jiuquan (Gansu), Taiyuan (Shanxi) und Xichang (Sichuan) sind nach Auskunft chinesischer Fachleute inzwischen in der Lage, Raumschiffe bis in höhere Umlaufbahnen zu befördern.

Am gleichen Tag wies das Beijinger Luftfahrtkontrollzentrum auf die erfolgreiche Mission des Orbitalmoduls hin, das seit seiner Trennung vom Raumschiff Shenzhou III die Erde 2.821-mal umrundet habe. Zwar noch unbemannt, war Shenzhou III technisch bereits auf den Transport von Astronauten ausgerichtet. Die durchgeführten Experimente gelten daher auch als „wichtiger Durchbruch“ im Programm der bemannten Raumfahrt, das 1992 gestartet wurde. Vorerst ist allerdings für den Beginn des nächsten Jahres ein weiterer Flug ohne Astronauten vorgesehen; der erste bemannte Flug soll in drei Jahren starten. (ZXS und XNA, 10.10.02, nach BBC PF, 11.10.02; AFP, 11.10.02, nach FBIS-CHI, 11.10.02; ZXS, 12.10.02, nach BBC PF, 13.10.02; XNA, 27.10.02, nach BBC PF, 28.10.02; RMRB engl. online, 25., 28.10.02) -gs-

19 Warnungen vor AIDS-Epidemie

AIDS kann nicht länger nur als afrikanisches Problem gesehen werden, warnte der National Intelligence Council (NIC), ein Beratergremium der US-amerikanischen CIA. Neben Nigeria und Äthiopien gehörten China, Indien und Russland zu den Ländern, die von einer „neuen Welle“ der HIV/AIDS-Infektionen betroffen sein werden. Die Zahl der infizierten Personen werde in diesen drei Ländern von derzeit 14-23 Mio. auf 50-75 Mio. im Jahre 2010 steigen. Ohne dramatische Veränderungen ihrer Gesundheitspolitik werde keines von ihnen in der Lage sein, die Epidemie zu verhindern, die neben gesundheitlichen vor allem auch schwerwiegende soziale, politische, wirtschaftliche und militärische Probleme bewirken werde.

Die Weltgesundheitsorganisation hält zwar die von der NIC genannten Zahlen für zu pessimistisch, sie bestätigen allerdings ähnliche Warnungen vor einer rasanten Ausbreitung der Krankheit in Asien und Osteuropa, die auf dem UN-AIDS-Gipfel in Barcelona im Juli geäußert wurden. Auch der UN-Generalsekretär Kofi Annan wies in Reden, die er anlässlich einer Ehrendoktorverleihung durch die Zhejiang-Universität in China hielt, auf die Gefahren hin. Nach UN-Schätzungen könne die Zahl der Infizierten von derzeit 800.000 bis 1,5 Mio. auf 10 Mio. am Ende der Dekade steigen, wenn es keine effektiven Gegenmaßnahmen gebe.

Offizielle chinesische Angaben sind zwar wesentlich niedriger und nannten für Ende 2001 nur 30.736 Infizierte, aber auch Xinhua berichtet von Expertenschätzungen von über 850.000. Ohnehin scheint sich ein leichter Wandel in der Wahrnehmung des Problems anzudeuten. So wies u.a. die *Renmin Ribao* in ihrer englischsprachigen Online-Ausgabe auf die mögliche Dramatik hin: AIDS würde sich „mit erstaunlicher Geschwindigkeit“ von besonders gefährdeten Personengruppen auf alle Bevölkerungskreise übertragen; die Zahl der Infizierten sei in der ersten Hälfte dieses Jahres um 16,7% gestiegen (RMRB engl. online, 29.10.02). In der Berichterstattung wird auch auf verstärkte Anstrengungen der Lokalregierungen in

China hingewiesen: Beratungszentren werden vom chinesischen Roten Kreuz z.T. mit ausländischer Hilfe aufgebaut (z.B. www.homeaids.org); insgesamt würden über 100 Projekte mit ausländischer Unterstützung in Höhe von über 120 Mio. US\$ durchgeführt; die Information der Bevölkerung werde z.B. mithilfe von Filmen verstärkt.

Das Gesundheitsministerium, dessen Budget zur AIDS-Bekämpfung immerhin von 15 Mio. Yuan in 2001 auf 100 Mio. Yuan RMB in 2002 gestiegen ist, konzentriert sich dabei nach eigenen Angaben auf zwei Kernfragen: die Entwicklung kostengünstigerer Behandlungsmethoden und die Bekämpfung des Bluthandels (s. dazu unten). Nur wenige Patienten können sich die Behandlung mit importierten Medikamenten leisten, auch wenn der Preis inzwischen von 8.430 US\$ für ein Jahr auf 3.600 US\$ gefallen ist. In China wurden daher „Cocktails“ entwickelt, deren Kosten sich auf nur 360 US\$ pro Jahr belaufen. Dafür werde man keine Patente beantragen, sagte ein Manager der Herstellerfirma, um die Bekämpfung der Krankheit zu fördern. Seitens der Regierung fordern die Experten dennoch weitere Anstrengungen zur Preisreduzierung; zumindest die Aufhebung der Einfuhrzölle wurde derweil in Aussicht gestellt.

Um die sozialen Auswirkungen von AIDS zu beschränken, wurde in Suzhou ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte von Erkrankten stärkt; sie sollen in Beschäftigung, Bildung und Gesundheitsversorgung nicht mehr schlechter gestellt sein. Die Stadt folgte damit ähnlichen Gesetzen in Shanghai, Nanjing und Wuxi, ging aber noch über deren Bestimmungen hinaus. Verboten wird vor allem auch die öffentliche Einsicht in Krankenakten, die z.B. Arbeitgebern als Grundlage für Entlassungen diene. Auch hier fordern Experten Maßnahmen auf nationaler Ebene.

Zwar wurde vom Staatsrat bereits 1998 ein Langzeitplan bis zum Jahr 2010 zur AIDS-Bekämpfung verabschiedet, aber insgesamt wurde bislang meist der Mantel des Schweigens über die Krankheit gebreitet. So nimmt es denn auch nicht Wunder, dass als Ursachen ihrer schnellen Ausbreitung vor allem auch die Stigmatisierung der Infizierten sowie

die Unkenntnis der Bevölkerung hinsichtlich Ansteckung und Vorbeugung genannt werden. Weitere Gründe liegen sicherlich in den Schwächen des Gesundheitswesens, dass seit dem Beginn marktwirtschaftlicher Reformen vor allem auch im ländlichen Raum weitgehend zusammengebrochen ist.

Nicht vergessen werden dürfen darüber hinaus kommerzielle und quasi-kriminelle Machenschaften mit Blutkonserven. So wurden zahlreiche arme Bauern, die Blut verkauft haben, durch unsaubere medizinische Instrumente infiziert. In der Provinz Henan, die besonders betroffen ist, wird derzeit ein Programm über umgerechnet 4 Mio. US\$ aufgelegt, um ihnen mit kostenloser Medikamentierung zu helfen. Auch Hilfgelder in Höhe von 96 Mio. US\$, die seitens der Regierung beim Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria in Genf beantragt wurden, sollen in Gebieten eingesetzt werden, die besonders von den illegalen Blutgeschäften betroffen sind. Ob diese Gelder allerdings immer die Betroffenen erreichen werden, ist unklar. Die *South China Morning Post* (28.10.02, nach BBC PF, 28.10.02) berichtete, dass Hilfgelder, die nach dem Verbot des Blutgeschäftes Ende der 90er Jahre nach Henan flossen, von lokalen Kadern z.T. eher für den Kauf von Jeeps und Klimaanlage verwandt wurden.

Generell deutet die Politik des Gesundheitsministeriums darauf hin, dass sich im Bewusstsein der Verantwortlichen noch kein grundlegender Wandel vollzogen hat: Zwar ist etwas mehr Offenheit im Umgang mit der Krankheit entstanden, vor allem aber geht es ihnen um die Beruhigung der Tausenden von Bauern, die durch fremdes Verschulden infiziert wurden. So werden denn auch nach Angaben von Menschenrechtsgruppen nach wie vor AIDS-Aktivistinnen mit der Anschuldigung inhaftiert, sie hätten Staatsgeheimnisse verraten. Bei einem entsprechenden Fall Ende August hatte der Beschuldigte Wan Yanhai die Regierung angeklagt, sie habe die Blutgeschäfte mit Bauern genehmigt gehabt (vgl. auch C.a., 2002/9, Ü 14). (FT, 4.10.02; AFP, 14., 16.10.02, nach FBIS-CHI, 14., 16.10.02; XNA, 10., 13., 17.10.02; ST, 26.10.02; WSJ online, 18.10.02; SCMP, 28.10.02, nach BBC PF, 29.10.02) -gs-

20 Bedeutung von Bildungsinnovationen betont

Der stellvertretende Premierminister Li Lanqing hat zwei Inspektionen in Beijing und Shaanxi im Vorfeld des am 8. November beginnenden Parteitages genutzt, um auf die Bedeutung von Innovationen im Bildungswesen für die weitere Entwicklung Chinas hinzuweisen. Bei einem Besuch von vier Beijinger Universitäten erklärte Li am 22. Oktober unter Hinweis auf Ausführungen des KP-Generalsekretärs Jiang zum 100. Jahrestag von Universitäten in Beijing und Jiangsu, noch umfassendere Reformen als bisher seien erforderlich, um die Qualität der höheren Bildung entscheidend zu verbessern. Dazu gehöre auch der weitere Austausch und die Kooperation zwischen chinesischen Universitäten sowie mit Universitäten im Ausland.

Li, Mitglied im Ständigen Komitee des Politbüros, ist ein starker Befürworter der Hochschulreform durch die Zusammenlegung von Universitäten und die Kommerzialisierung universitärer Dienstleistungsbereiche. Zugleich hat er sich auch für die Verbesserung der Lebens- und Einkommensbedingungen der Lehrer und Professoren eingesetzt. Sein vielfach erklärtes Ziel ist, durch die Heranbildung einer großen Gruppe hochqualifizierter Fachkräfte Chinas Bedeutung im Bereich von Wissenschaft und Technologie zu steigern – gerade auch nach dem Beitritt zur WTO. (RMRB engl. online, 26.12.01, 5.2., 9., 22., 27.10.02) -gs-

21 Neue Technologieprojekte

Im Jahr 2002 wurden bisher von der Zentralregierung bereits zwölf neue „spezielle“ S&T-(science and technology)Projekte begründet, die dazu beitragen sollen, dass die VR China Anschluss an die globale technologische Entwicklung bekommt. Die Projekte zielen auf Entwicklungen in Bereichen wie Software, Informationssicherheit, E-Administration oder großen integrierten Schaltkreisen. Das Ministerium (Ministry of Science and Technology, MOST) erwartet u.a., dass mithilfe von Investitionen in Höhe von 20 Mrd. Yuan RMB (ca. 2,4 Mrd. US\$) über 2.000 neue Patente

erworben werden können. (XNA, 22.10.02)

Die Maßnahmen sind Teil einer umfassenderen S&T-Strategie, zu der auch das 863-Forschungsprogramm (v.a. Informations- und Biotechnologie sowie neue Materialien), das Torch-Programm für die industrielle Verwertung technologischer Entwicklungen sowie die Entwicklung von Hoch-Technologie-Entwicklungs-Regionen (HTDR) gehören. Diesen Programmen, deren erstes bereits 1986 gestartet wurde, wird für die technologische Entwicklung hohe Priorität eingeräumt. Seiner Förderung dienen auch verschiedene Reorganiserungen der zentralen Ministerien und Behörden – so die Konzentration der politischen Planung und Leitung im MOST und im Ministry of Information Industry (MII) – sowie die Konzentrationsmaßnahmen im Bereich der Universitäten. Obwohl im letzten Jahrzehnt u.a. zahlreiche Hochtechnologie-Parks geschaffen wurden, ist eines der Hauptprobleme allerdings noch nicht gelöst: Die Verbindung zwischen Forschungsinstituten und Unternehmen und damit die Chancen industrieller Verwertung sind ebenso schwach entwickelt wie die Forschungsaktivitäten der Unternehmen selbst. Hauptgrund dafür ist die nach wie vor dominierende Forschung in staatlichen Forschungsinstituten. Auch die Universitäten spielen bislang nur eine geringere Rolle in der Forschung und Entwicklung (R&D).

Die renommierte Beijing-Universität hat derweil die ihr Gelände im Osten begrenzende Mauer eingerissen, um so einerseits zu symbolisieren, dass sie sich nicht von der Öffentlichkeit abschließt, und zugleich Raum für einen Wissenschaftspark zu schaffen. Das Gelände, auf dem sich auch historische Gebäude befinden, die erhalten werden sollen, ist als Teil eines größeren Technologieparks für akademische Rückkehrer aus dem Ausland gedacht. Bereits 1992 hatte die Universität einen ähnlichen Plan im Süden verfolgt. Allerdings hatte sich damals der Traum von der Schaffung einer R&D-Basis nicht erfüllt, vielmehr hatte sich eine Vielzahl kleiner Geschäfte und Betriebe angesiedelt, die Computer zusammenbauten und verkauften. Diese kommerziellen Aktivitäten wurden später vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Lanqing untersagt. (ST, 28.10.02) -gs-

22 Neue Bestimmungen gegen Kinderarbeit

Die chinesische Regierung hat am 15. Oktober Bestimmungen zum Verbot von Kinderarbeit verkündet, die am 1. Dezember d.J. in Kraft treten und dann die bisherigen Bestimmungen vom 15.4.1991 ersetzen sollen (RMRB online, 17.10.02; vgl. C.a., 2002/9, Ü 21). Sie sehen vor, dass es niemandem – weder staatlichen Behörden noch Institutionen und Verbänden, weder Privatunternehmen noch anderen Unternehmen – gestattet ist, Kinder unter 16 Jahren zu beschäftigen. Verboten ist auch jegliche Vermittlung von Arbeit an unter 16-Jährige. Und schließlich dürfen auch sie selbst keine Beschäftigung aufnehmen oder ein Geschäft eröffnen.

Eltern oder Vormunde sind dafür verantwortlich, ihre Zöglinge vor illegaler Beschäftigung zu schützen. Arbeitgeber sind verpflichtet, die Personalausweise aller Bewerber zu kontrollieren. Alle zuständigen staatlichen Stellen, von den Abteilungen für Arbeit und soziale Sicherheit bis zur Polizei, aber auch die Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, der Jugendverband und die Frauenorganisationen sind autorisiert, jeglichen Missbrauch von Kinderarbeit zu unterbinden.

Die Strafen für die Verletzung der Bestimmungen reichen von Geldstrafen über Lizenzentzug bis hin zu Strafanzeigen. So wird zunächst für jedes illegal beschäftigte Kind eine Strafe von 5.000 Yuan erhoben; sie erhöht sich im Wiederholungsfall auf 10.000 Yuan, gekoppelt mit dem Lizenzentzug. Auch für die verbotene Vermittlung eines Minderjährigen sind 5.000 Yuan zu zahlen. Wenn die Minderjährigen sogar für gesundheitsgefährdende Tätigkeiten eingesetzt werden, noch unter 14 Jahre alt sind oder zu Tode kommen bzw. schwer verletzt werden, dann drohen Haftstrafen; dies gilt auch für Regierungsbeamte, die in diese Fälle verwickelt sind. -gs-

23 Die städtische Armut nimmt zu

Das Development Research Center, Think tank des Staatsrates, hat in einer Studie auf die zunehmende Armut in Chinas Städten hingewiesen.

Die offizielle Zahl der städtischen Armen betrage 14,7 Mio., berechnet nach dem Pro-Kopf-Einkommen. Lege man allerdings die Pro-Kopf-Ausgaben zugrunde, so würde die Zahl um das Zweieinhalbfache auf 37,1 Mio. steigen. Generell würde das Ausmaß dadurch stark unterschätzt werden, da zwei überwiegend betroffene Gruppen statistisch nicht zur städtischen Bevölkerung gezählt werden: die Migranten sowie die suburbane Bevölkerung. Beide Gruppen gelten als Bauern, üben aber keine landwirtschaftliche Tätigkeit aus.

Von den Migranten lebten rund 15%, z.T. 20%, unter der Armutsgrenze; dieser Anteil sei um die Hälfte größer als bei der stetigen Stadtbevölkerung. Die Migranten hätten weder Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung noch auf die Zahlung eines Existenzminimums. Von den Städtern seien vor allem die Arbeitslosen und die von ihren Unternehmen Freigesetzten von Armut betroffen, da die ungenügende Arbeitslosenunterstützung nur knapp 50% der Betroffenen erreiche und nach drei Jahren auslaufe. Auch die von Stadtregierungen abgegebenen Garantien für die Aufrechterhaltung eines Existenzminimums haben die Armut nicht verhindern können. Nur 25% der armen Stadtfamilien kämen für Zahlungen überhaupt in Frage und die Zahlungen seien sehr begrenzt. Außerdem seien die Erfassungs- und Berechnungsmethoden mangelhaft, die Stadtregierungen hätten jedoch angesichts knapper Kassen gar keine Motivation, hier Verbesserungen zu erreichen. Von 35 untersuchten Städten hätten 27 die Betroffenheitsgrenze unterhalb der Armutsgrenze angesetzt, z.T. bis zu 10% und mehr. (RMRB engl. online, 30.10.02) -gs-

24 Entwicklungsprobleme der Stadt Beijing

Das Ständige Komitee der Politischen Konsultativkonferenz der Stadt Beijing hat auf seiner 9. Sitzung Mitte Oktober einen Bericht über deren Entwicklung in den nächsten zehn Jahren verabschiedet, dessen Empfehlungen vor allem Probleme wie die schnell wachsende Bevölkerung, den übermäßig umfangreichen Zuzug von außen, die Ineffizienz bei der Kontrolle von

Baulanderschließungen sowie den zu langsamen Fortschritt bei der Umgestaltung des Stadtzentrums betreffen.

Dem städtischen Statistikbüro zufolge hat die Zahl der „Nicht-Einwohner“ mit einem Aufenthalt von mehr als einem halben Jahr 2001 bereits 2,63 Mio. erreicht und war damit höher als für 2010 geplant. Damit sei zum einen die Bevölkerung insgesamt so stark gewachsen, dass es Probleme auf dem Arbeitsmarkt sowie in Verkehr und Infrastruktur gebe; zum anderen haben sich die Situation im Wohnungs- und Bildungswesen, die Umweltbedingungen und die öffentliche Ordnung in den Gebieten, wo Stadt und Land aufeinander treffen und besonders viele Migranten wohnen, geradezu dramatisch verschlechtert. Die Zahl der regulären Stadtbewohner betrage derzeit 13,67 Mio., sie werde bis zum Jahr 2008 auf über 16 Mio. steigen.

Beklagt wird in dem Bericht auch, dass das Haushaltsregistrierungssystem (*hukou*-System) inzwischen selbst zum Problem geworden sei. Es gebe zu viele Verantwortliche und zunehmend politische Konflikte, und zwar nicht nur wegen der Migranten. So würde z.B. infolge des Abrisses alter Häuser und der Kommerzialisierung des Wohnungswesens der Teil der Bewohner steigen, die nicht mehr dort wohnten, wo sie registriert sind. Dies betraf Ende 2001 bereits 1,6 Mio. Menschen. Eine Reform sei dringend erforderlich.

Zugleich sei der Abriss alter Gebäude häufig nicht abgestimmt mit der Umsiedlung der ehemaligen Bewohner und der Verbesserung städtischer Leistungen; die Folge seien extreme Engpässe im Verkehrswesen sowie Umweltprobleme. Auch sei zu viel Aufmerksamkeit der Schaffung von hochwertigem Wohnraum und Eigentumswohnungen gewidmet und darüber die industrielle Entwicklung und die Schaffung relevanter infrastruktureller Maßnahmen vernachlässigt worden. Die umgesiedelten Bürger brauchen Arbeitsplätze in den Stadtteilen sowie entsprechende Bildungs- und Transportmöglichkeiten. (RMRB engl. online, 20.10.02) -gs-

Außenwirtschaft

25 China überholt die USA als attraktivstes Ziel für ausländische Direktinvestitionen

In diesem Jahr wird die Volksrepublik China vermutlich erstmals die Vereinigten Staaten überholen und zum weltweit größten Empfänger ausländischer Direktinvestitionen (ADI) aufsteigen. Dies berichtet die in Genf ansässige Kommission für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD). Demnach wird China 2002 ein Rekordvolumen von 50 Mrd. US\$ an ADI erhalten, 3 Mrd. US\$ mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg kontrastiert mit einem weltweiten Rückgang der Direktinvestitionen.

Global werden die ausländischen Direktinvestitionen 534 Mrd. US\$ erreichen, das sind 27% weniger als 2001. Am stärksten betroffen sind die Industrieländer. Der Zustrom von ADI in die Vereinigten Staaten ging um beinahe zwei Drittel auf 44 Mrd. US\$ zurück. Großbritannien verzeichnete einen Rückgang um 75% auf 12 Mrd. US\$.

Für asiatische Entwicklungsländer (einschließlich Chinas) erwartet die Kommission ebenfalls sinkende ADI-Zuströme und rechnet mit einem Minus von 12%, nach einem Rückgang von 24% im Vorjahr. Insgesamt werden die ausländischen Direktinvestitionen 90 Mrd. US\$ in Asien erreichen. Nach Ländern betrachtet ergibt sich eine uneinheitliches Bild. Hongkong, Südkorea, Thailand und Taiwan registrierten geringere ADI, was die UN-Organisation teilweise mit Rückzahlungen von Verpflichtungen ausländischer Tochterunternehmen an die Muttergesellschaften begründet.

China, Indien, Malaysia und die Philippinen verzeichnen einen Anstieg der ADI. Aufgrund des gesteigerten Konkurrenzdrucks erhöhen transnationale Konzerne ihre Investitionen an Standorten mit geringen Produktionskosten, sagt die UNCTAD. Dabei könne China vom fortgesetzten Liberalisierungsprozess und von Strukturereformen in der Industrie profitieren.